



Stand: 26. April 2021

Umweltbewusstsein in Deutschland 2020

Zentrale Ergebnisse

Methodik der Umweltbewusstseinsstudie 2020

Die Umweltbewusstseinsstudie 2020 ist die 13. Studie ihrer Art. Seit 1996 wird im Zweijahresrhythmus erforscht, wie sich Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Bevölkerung in Deutschland entwickeln. Ziel ist es, die in der Gesellschaft vorhandenen Denk- und Handlungsmuster zu verstehen und die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen vorausschauend in eine bürgernahe, partizipative, zukunftsweisende und nachhaltige Politik einfließen zu lassen.

Bei der Studie von 2020 wurde (wie bei allen Studien seit 2014) eine Onlinebefragung durchgeführt. Die Repräsentativität der Stichprobe für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren ist methodisch sichergestellt. Die Befragung wurde im November und Dezember 2020 durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) bei einer Stichprobe von 2.115 Personen durchgeführt.

Vor der Befragung fand eine qualitative Studie mit vier Fokusgruppen mit jeweils 9 bis 10 Teilnehmer*innen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands statt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienten der Vorbereitung der Repräsentativerhebung.

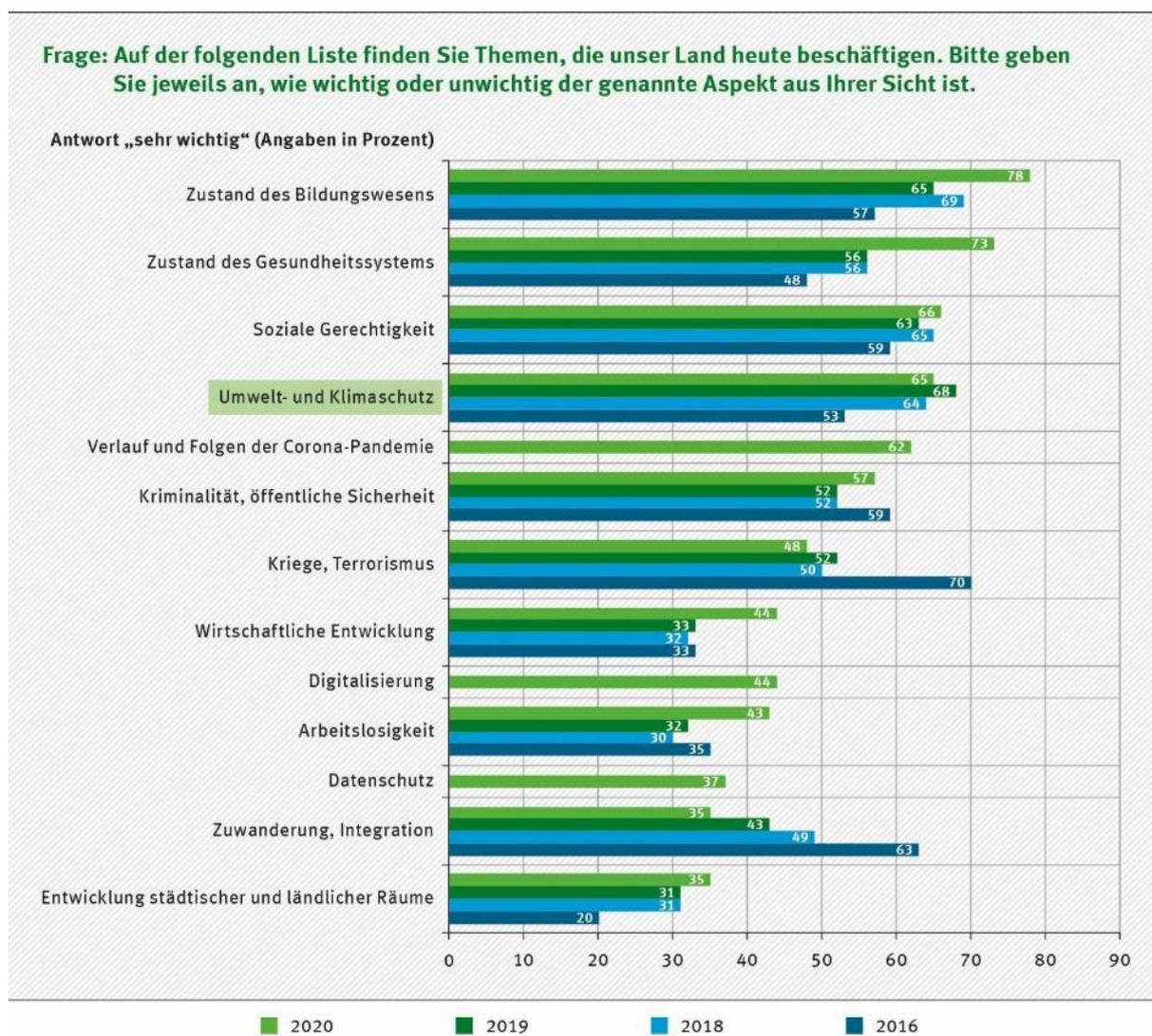
Die vollständige Veröffentlichung der Umweltbewusstseinsstudie 2020 mit einer Broschüre und einem vertiefenden wissenschaftlichen Bericht ist für den Herbst 2021 vorgesehen.

1 Ergebnisse zu Zeitreihenfragen

1.1 Gesellschaftlicher Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz

Umwelt- und Klimaschutz wird von 65% der Befragten als sehr wichtig eingeschätzt und somit ähnlich wie 2018 (64%) und etwas geringer als 2019 (68%; vgl. Abb. 1)¹. In der Zusammenschau mit anderen Themen liegt der Umwelt- und Klimaschutz mit dem Zustand des Bildungswesens (von 78% als „sehr wichtig“ benannt), dem Zustand des Gesundheitssystems (73%), sozialer Gerechtigkeit (66%) und dem Verlauf und den Folgen der Corona-Pandemie (62%) im Feld der gesellschaftlichen Themen, die 2020 als am wichtigsten eingeschätzt wurden.

Abbildung 1: Wichtigkeit gesellschaftlicher Themen, darunter Umwelt- und Klimaschutz



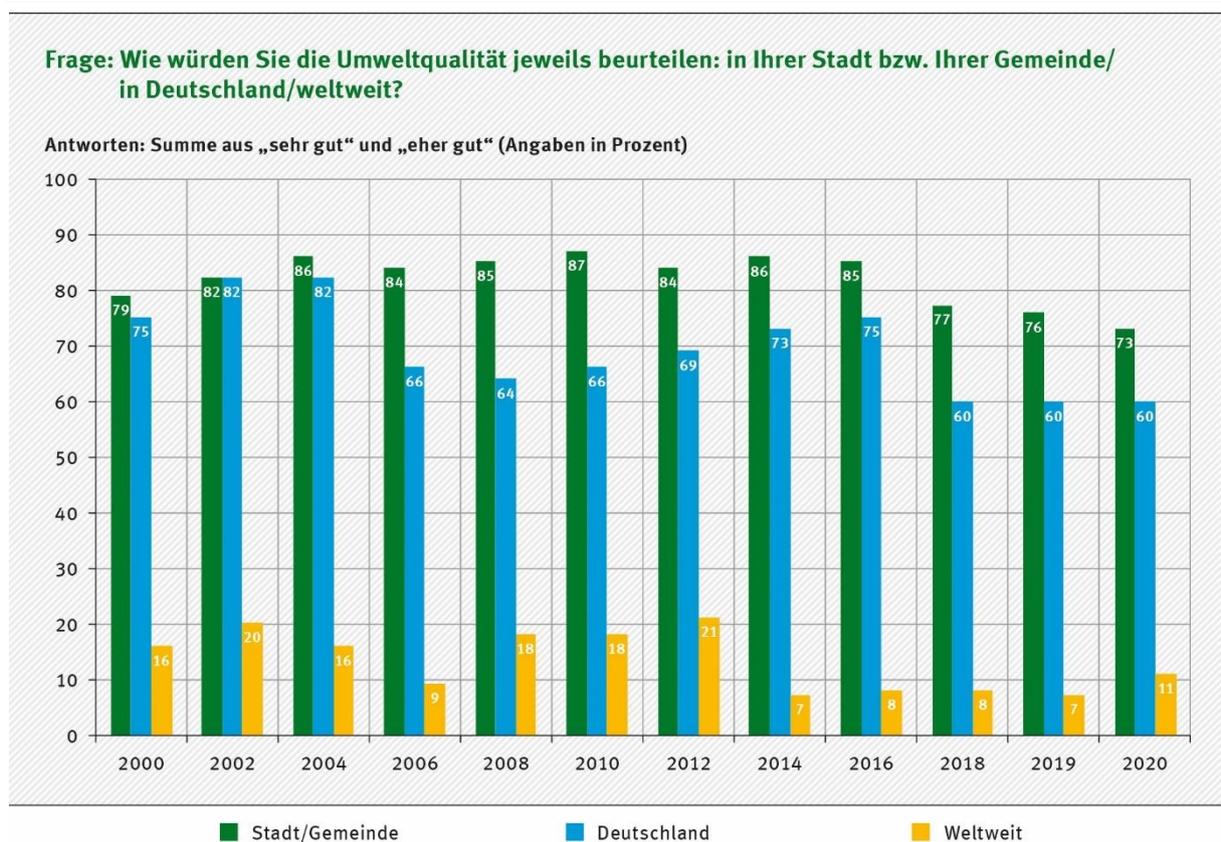
Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

¹ Im Jahr 2019 wurde eine Zwischenerhebung mit zentralen Zeitreihenfragen durchgeführt. Die Ergebnisse werden hier mit dargestellt.

1.2 Bewertung der Umweltqualität

Die Bewertung der Umweltqualität fällt 2020 ähnlich aus wie in den beiden Vorjahren (vgl. Abb. 2): 60% der Befragten halten die Umwelt in Deutschland für sehr gut oder eher gut. In der eigenen Stadt oder Gemeinde sind es 73%, die den Zustand der Umwelt sehr gut oder eher gut finden. Insgesamt sehen die Befragten den Zustand der Umwelt vor Ort sowie in Deutschland seit 2018 deutlich negativer als in den Jahren davor. Der weltweite Umweltzustand wird 2020 nur von elf Prozent der Befragten positiv bewertet.

Abbildung 2: Bewertung der Umweltqualität im Zeitvergleich

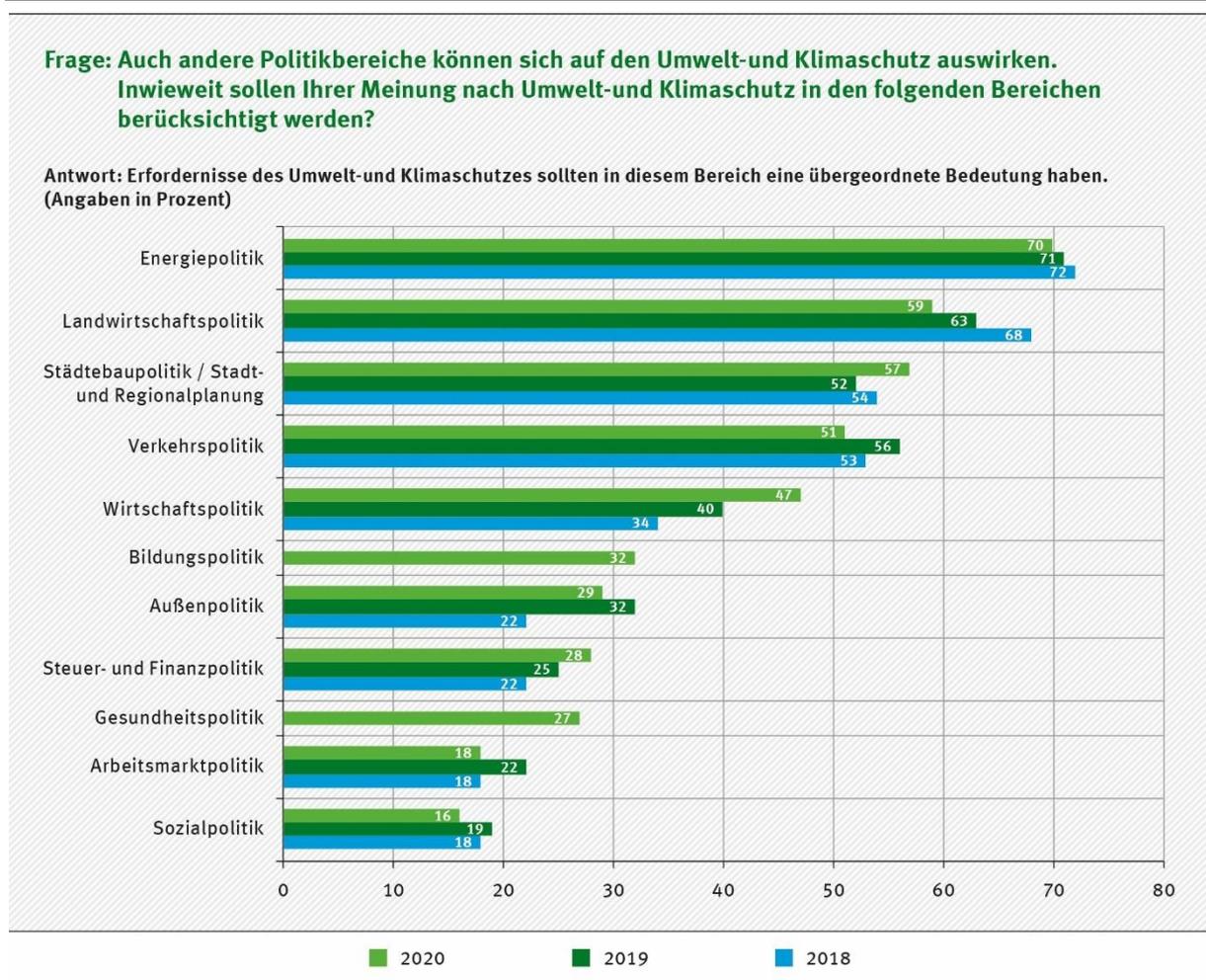


Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

1.3 Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikfeldern

Wie aus Abbildung 3 ersichtlich ist, bewegen sich die Einschätzungen, dass Umwelt- und Klimaschutz in den Bereichen Energiepolitik, Landwirtschaftspolitik, Städtebaupolitik / Stadt- und Regionalplanung sowie Verkehrspolitik eine übergeordnete Bedeutung haben sollte, seit 2018 auf hohem Niveau, wobei eine leichte Abwärtstendenz bei der Landwirtschaftspolitik zu sehen ist. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik sind seit 2018 auffällige Anstiege zu beobachten sowie, etwas weniger deutlich, bei der Steuer- und Finanzpolitik. Leichte Zuwächse gab es außerdem bei der Außenpolitik.

Abbildung 3: Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikbereichen



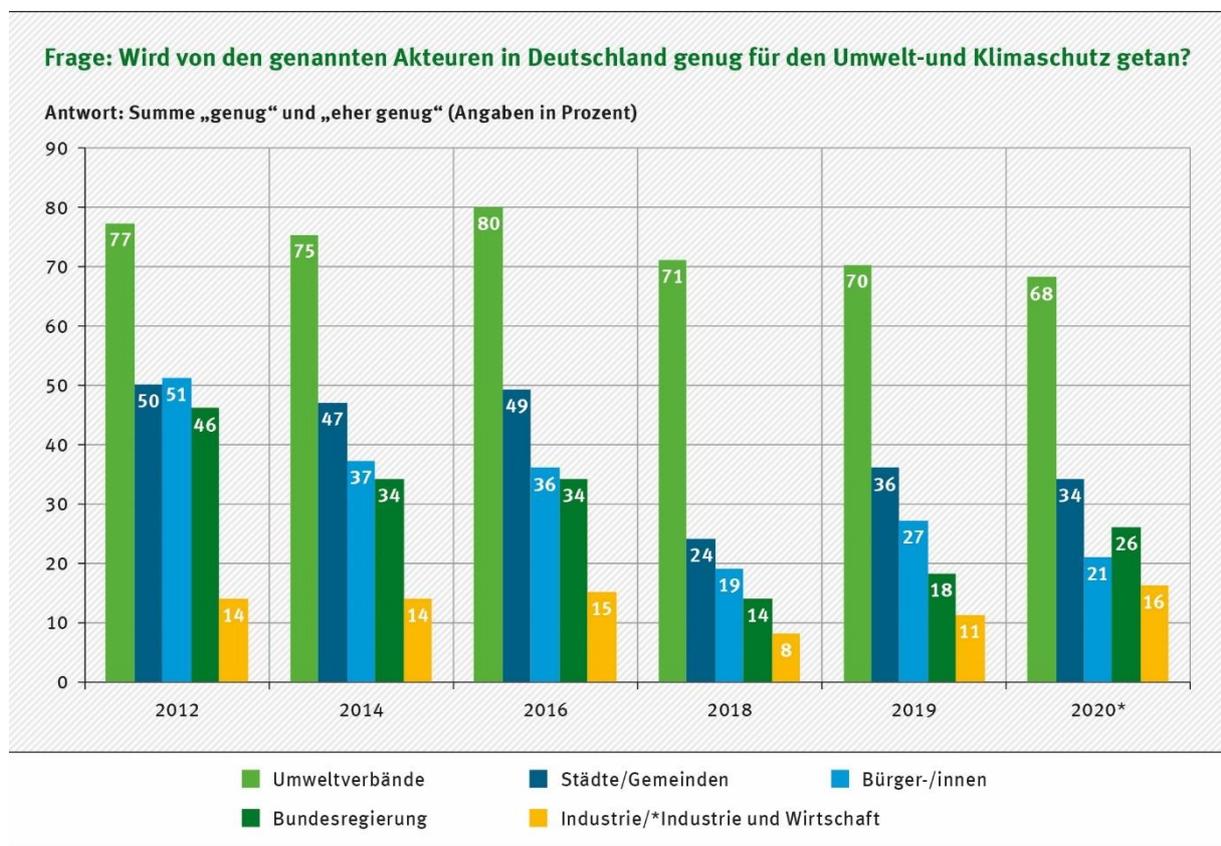
Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

1.4 Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteur*innen für den Umwelt- und Klimaschutz

Bei der Frage, wie das Handeln verantwortlicher Akteur*innen für den Umwelt- und Klimaschutz bewertet wird, zeigt sich ein leichter Aufwärtstrend gegenüber den 2018 stark eingebrochenen Werten (vgl. Abb. 4). Dieser zeichnete sich bereits 2019 ab und setzte sich in 2020 teilweise fort: Dass die Bundesregierung „genug“ oder „eher genug“ für den Umwelt- und Klimaschutz tue, meinten 2020 26% der Befragten. Bezogen auf die Städte und Gemeinden waren es 34% und bei Industrie und Wirtschaft 16% (bis 2019 nur „Industrie“); bei den Bürger*innen waren es 21%, was eine Verschlechterung gegenüber 2019 darstellt.

Erstmals gefragt wurde 2020 auch nach Bundesländern (30% „genug“ und „eher genug“), Europäischer Union (22%), Vereinten Nationen (UN; 18%) und Wissenschaft (57%; ohne Abbildung).

Abbildung 4: Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteure im Zeitvergleich



Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

1.5 Umwelteinstellung und Handlungsbereitschaften der Bürger*innen

Seit der Umweltbewusstseinsstudie 2018 werden zur Ermittlung der Umwelteinstellungen und Handlungsbereitschaften der Bürger*innen sogenannte zentrale Kenngrößen erhoben, die es erlauben sollen, Veränderungen im Zeitverlauf besser nachzuvollziehen. Diese umfassen die drei Teilbereiche „Umweltaffekt“ (emotionale Bewertung), „Umweltkognition“ (rationale Bewertung) und „Umweltverhalten“ (eigenes umweltfreundliches Handeln). Zu jedem dieser Teilbereiche gibt es sechs bis acht Items (also einstellungs- oder verhaltensbezogene Aussagen), die zu Indexwerten gebündelt werden; diese sind in Tabelle 1 dargestellt. Es zeigt sich, dass die Werte

für „Umweltaffekt“ und „Umweltkognition“ in 2020 im Vergleich zu 2018 und 2019 stabil geblieben sind. Ein leichter Aufwärtstrend zeichnet sich dagegen beim Umweltverhalten ab. Die Veränderungen beim Umweltverhalten stellt Abbildung 5 genauer dar.

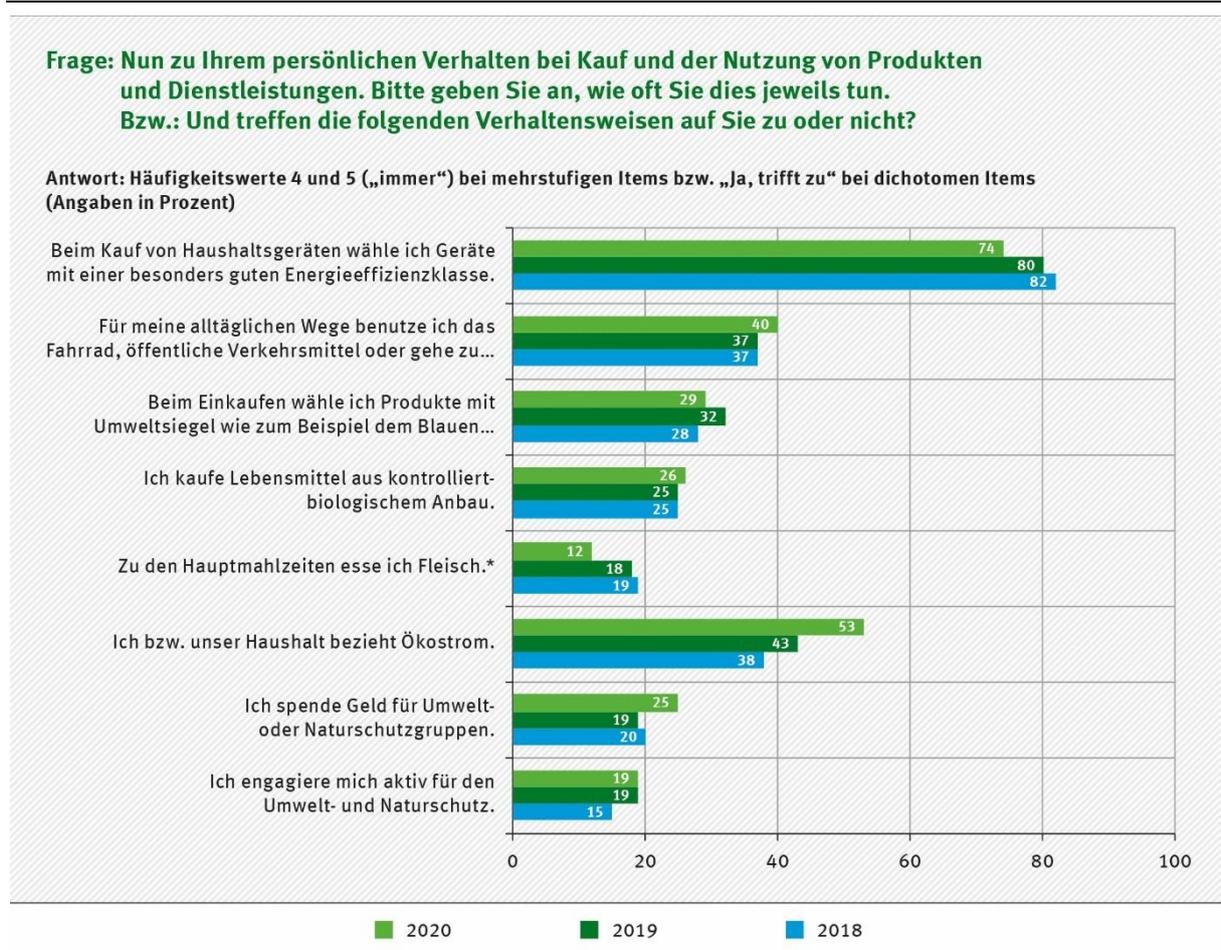
Tabelle 1: Zentrale Kenngrößen des Umweltbewusstseins im Zeitvergleich

Bereich	2018	2019	2020
Umweltaffekt	7,2	7,2	7,1
Umweltkognition	7,9	7,9	7,9
Umweltverhalten	4,6	4,7	4,9

Die dargestellten Werte zeigen die Stichproben-Mittelwerte des jeweiligen Teilbereichs, welche anschließend auf einer Skala von 0 bis 10 standardisiert wurden.

Der gestiegene Kenngrößen-Wert für das Umweltverhalten im Jahr 2020 kommt, wie aus Abb. 5 hervorgeht, vor allem durch größere Anteile an Befragten zustande, die angegeben haben, Geld für Umwelt- oder Naturschutzgruppen zu spenden, Ökostrom zu beziehen oder zu den Hauptmahlzeiten nie oder nur selten Fleisch zu essen.

Abbildung 5: Befragungsergebnisse zum Umweltverhalten im Zeitvergleich



* wird für die Berechnung der Kenngröße invers kodiert.

Im Jahr 2020 teilweise angepasste Formulierungen gegenüber den Vorjahren.

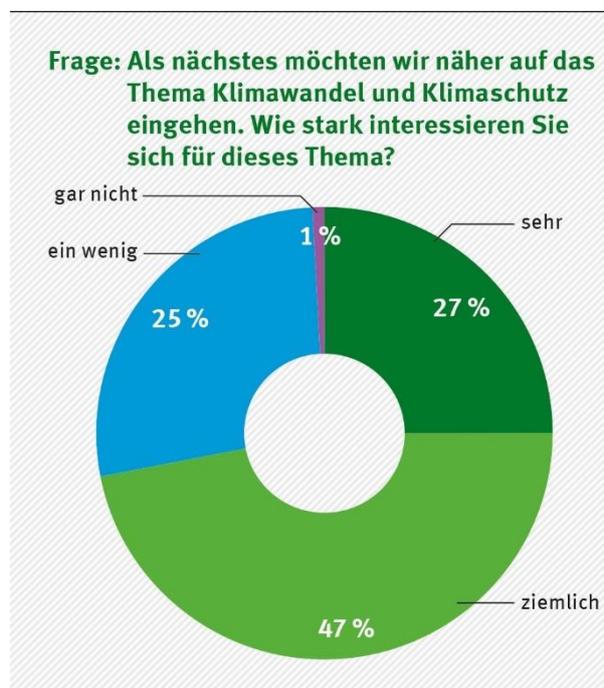
Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2 Ergebnisse zum Schwerpunktthema Klimaschutz und Transformation

2.1 Interesse und Informiertheit zum Thema Klimawandel und Klimaschutz

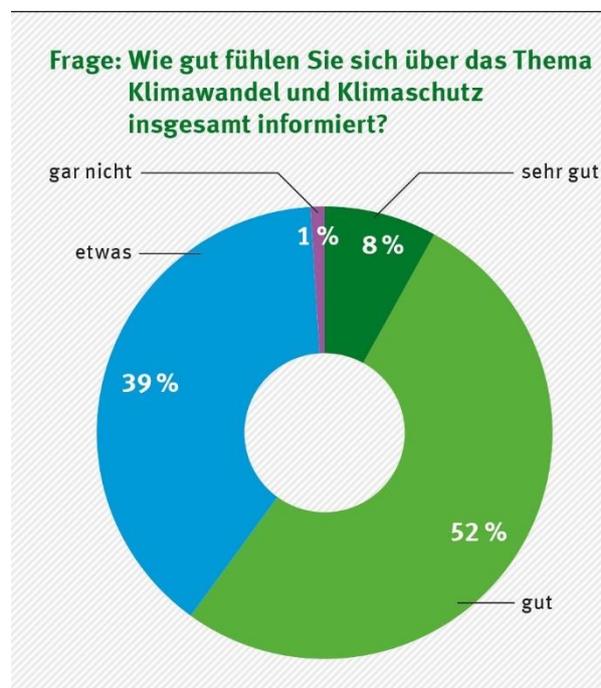
Fast drei Viertel der Befragten sind sehr (25%) oder ziemlich (47%) am Thema Klimawandel und Klimaschutz interessiert; 27% gaben an, „ein wenig“ und ein Prozent „gar nicht“ interessiert zu sein (vgl. Abb. 6). Acht Prozent fühlen sich „sehr gut“ über das Thema Klimawandel und Klimaschutz informiert, 52% „gut“ und 39% „etwas“ informiert; ein Prozent gab an, sich „gar nicht“ informiert zu fühlen (vgl. Abb. 7).

Abbildung 6: Interesse am Thema Klimawandel und Klimaschutz



Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Abbildung 7: Informiertheit zum Klimawandel und Klimaschutz

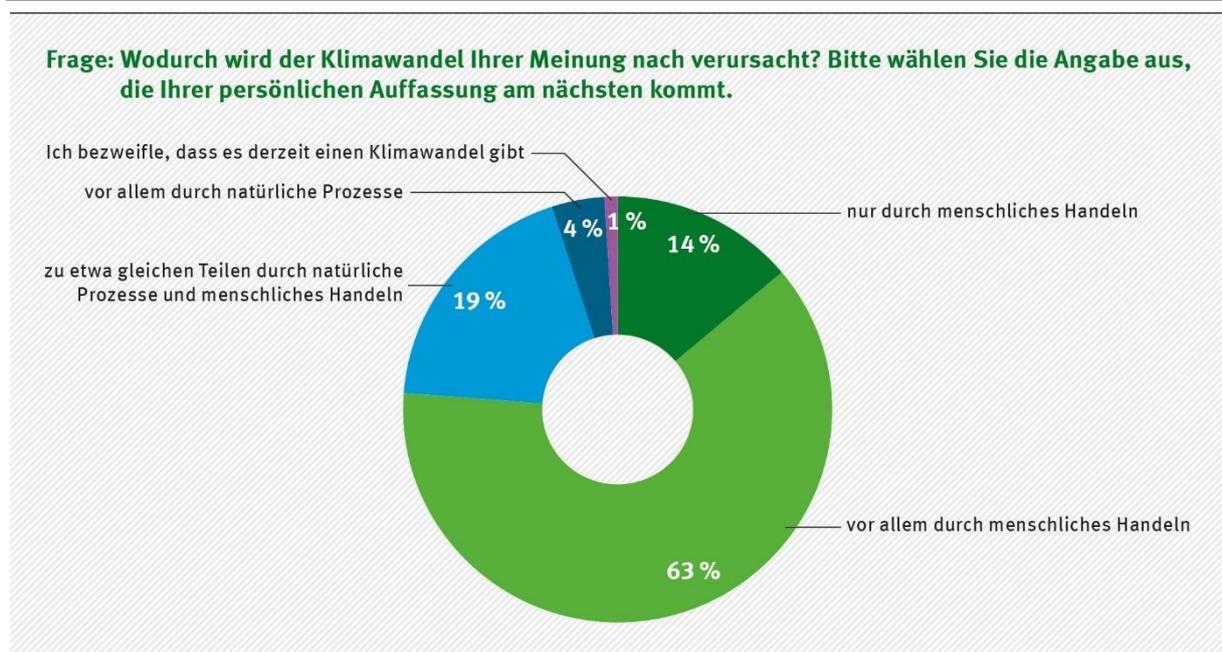


Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2.2 Das Handeln der Menschen wird mehrheitlich als Hauptursache für den Klimawandel angesehen.

Auf die Frage, wodurch der Klimawandel nach Meinung der Befragten verursacht wird, wählten 63 % der Befragten die Antwortoption „vor allem durch menschliches Handeln“, weitere 14% gaben „nur durch menschliches Handeln“ an. 19% wählten die Option „zu gleichen Teilen durch menschliches Handeln und natürliche Prozesse“ und vier Prozent „vor allem durch natürliche Prozesse“. Ein Prozent gab an, es gebe keinen Klimawandel (vgl. Abb. 8). „Die Antwortoption „nur durch natürliche Prozesse“ wurde von null Prozent der Befragten gewählt“

Abbildung 8: Vermutete Ursache für Klimawandel

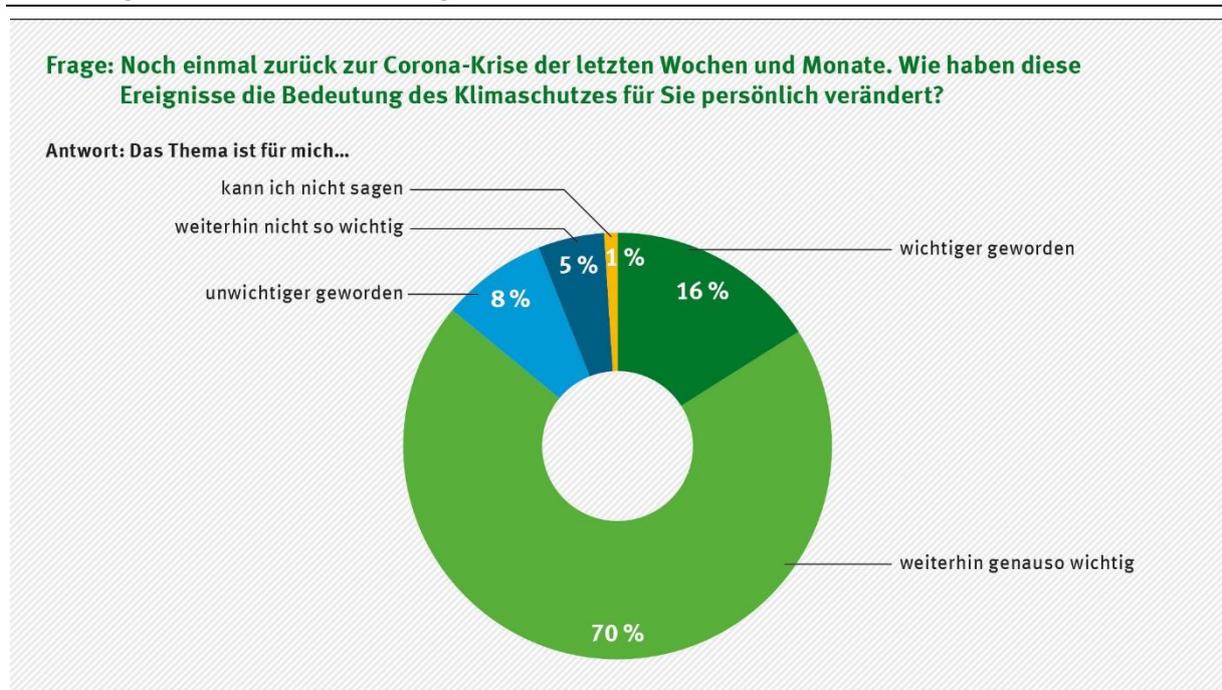


Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2.3 Der Klimaschutz wird während der Corona-Krise weiterhin als wichtig angesehen

Für 70% der Befragten ist der Klimaschutz während der Corona-Pandemie „weiterhin genauso wichtig“, für 16% ist das Thema „wichtiger“ geworden. Acht Prozent gaben an, der Klimaschutz sei für sie „unwichtiger“ geworden und fünf Prozent meinten, er sei für sie „weiterhin unwichtig“ (vgl. Abb. 9).

Abbildung 9: Veränderte Bedeutung des Klimaschutzes

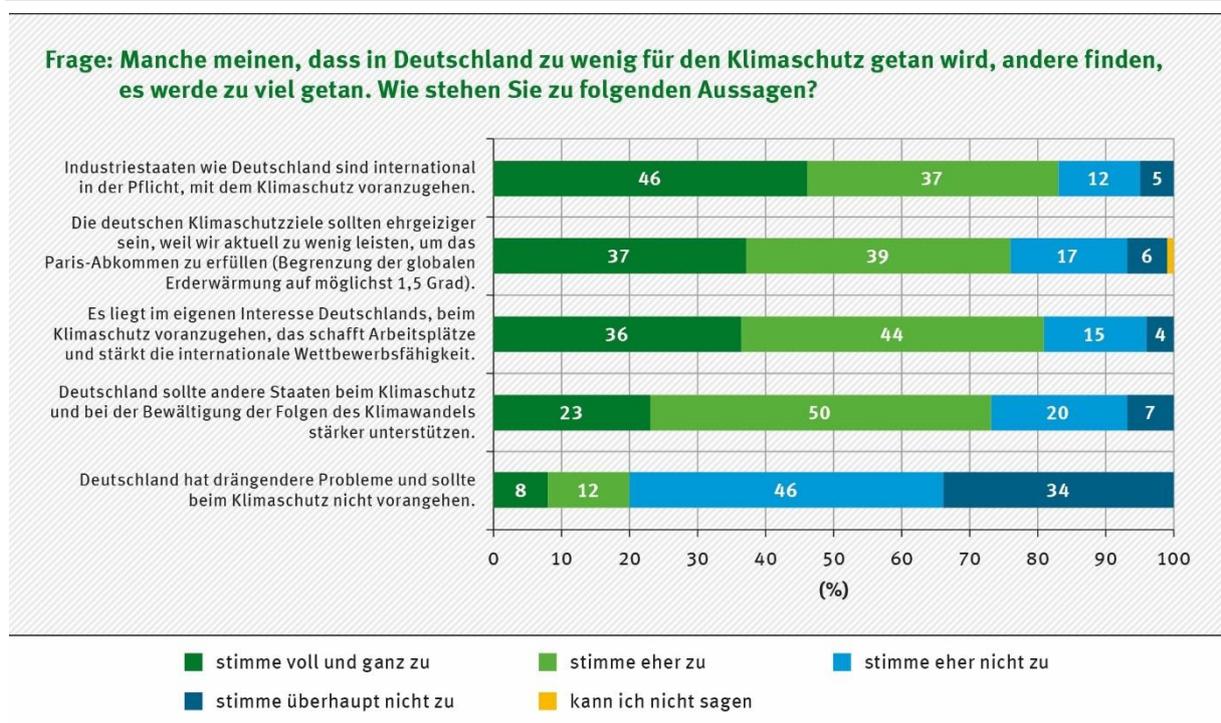


Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2.4 Aussagen zu Klimaschutz, Klimapolitik und der Rolle Deutschlands

Im Fragebogen zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 waren einige Fragen zu politischen Strategien und Maßnahmen enthalten, die im Kontext des Klimaschutzes diskutiert werden. Exemplarisch werden hier die Ergebnisse zu der Frage herausgegriffen, welche näher auf die Klimapolitik und die Rolle Deutschlands dabei einging (vgl. Abb. 10). 83% der Befragten äußerten Zustimmung, dass Industriestaaten wie Deutschland international in der Pflicht seien, mit dem Klimaschutz voranzugehen (46% stimmten „voll und ganz“ zu, 37% stimmen „eher“ zu). 80% sind der Ansicht, dass es im eigenen Interesse Deutschlands liege, beim Klimaschutz voranzugehen, da dies Arbeitsplätze schaffe und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärke. 76% stimmten der Aussage zu, dass die deutschen Klimaschutzziele ehrgeiziger sein sollten.

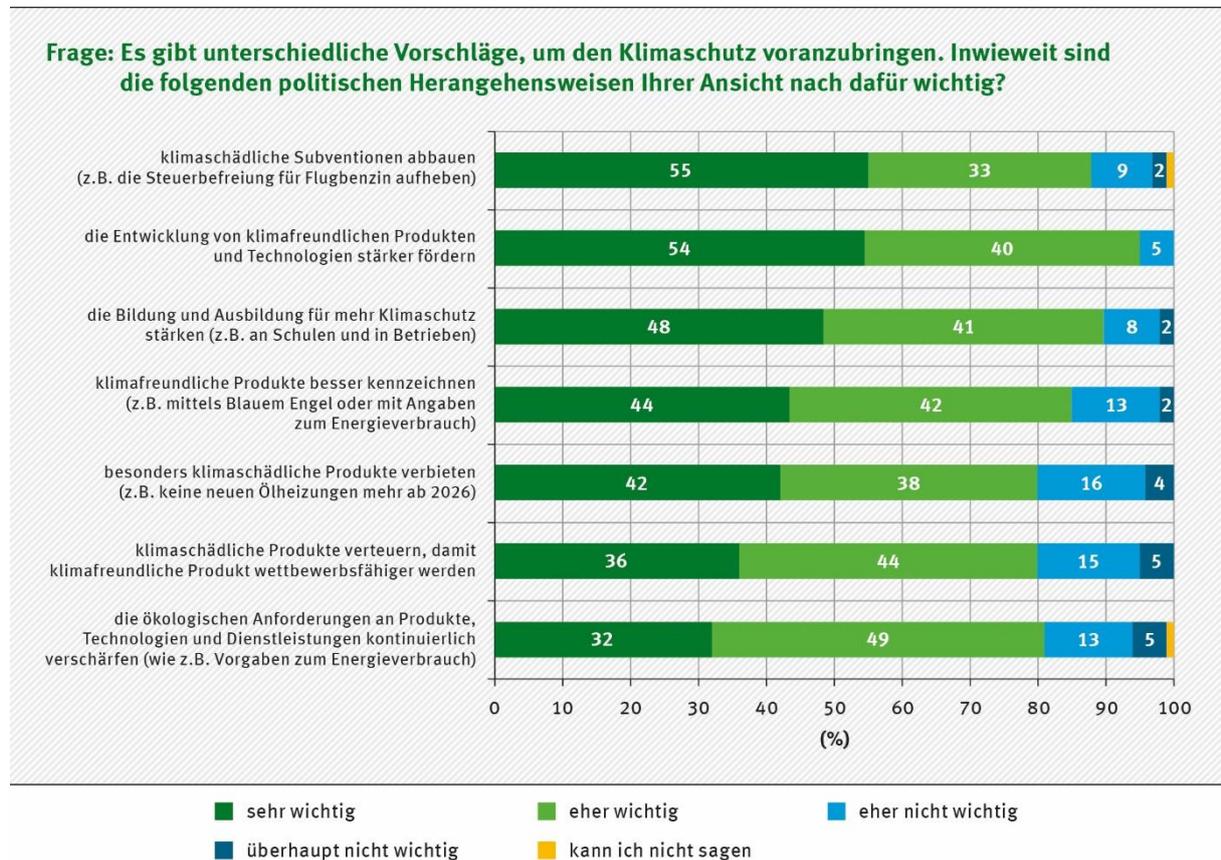
Abbildung 10: Aussagen zur Klimapolitik und zur Rolle Deutschlands



2.5 Bewertung politischer Klimaschutzmaßnahmen

Eine weitere Frage bezog sich auf die Bedeutung möglicher Klimaschutzmaßnahmen. Als wichtigste Vorschläge wurden dabei die Förderung der Entwicklung klimafreundlicher Produkte und Technologien sowie der Abbau von klimaschädlichen Subventionen erachtet. Diese wurden von 94% beziehungsweise 88% als sehr oder eher wichtig benannt (vgl. Abb. 11).

Abbildung 11: Politische Vorgehensweisen beim Klimaschutz

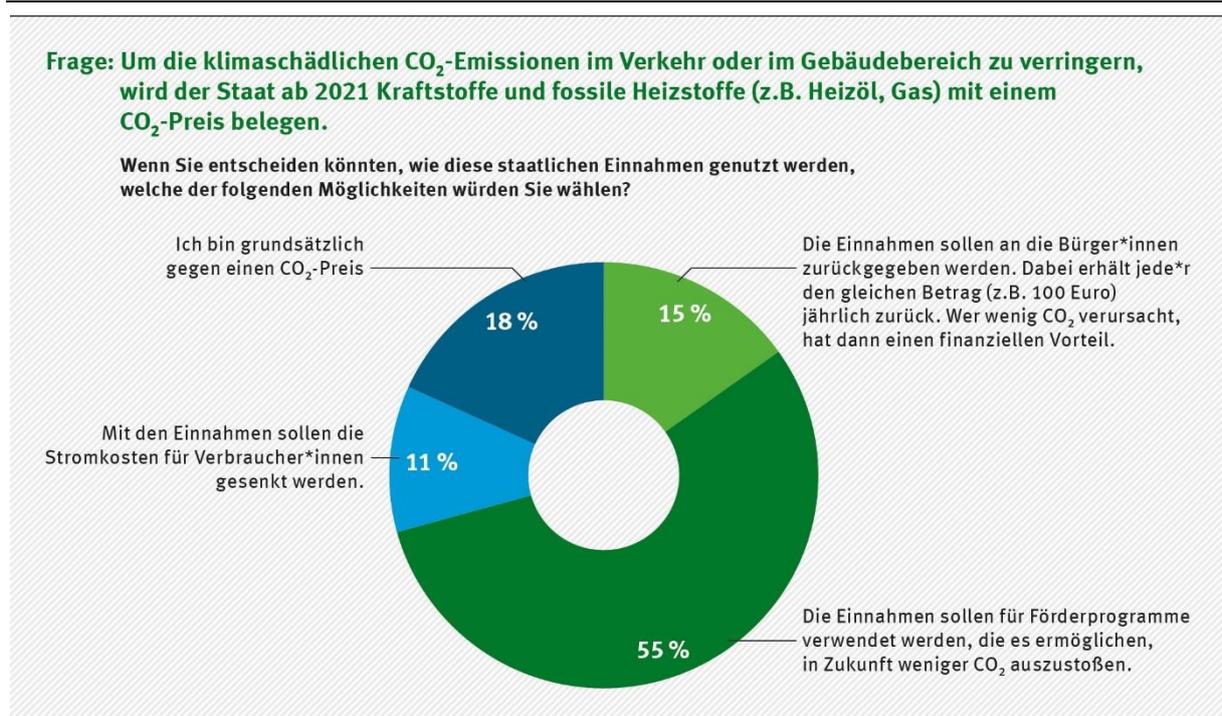


Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2.6 Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung

Wenn die Befragten entscheiden könnten, wie die staatlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung genutzt werden sollen, dann würden 55% die Möglichkeiten wählen, dass die Einnahmen für Förderprogramme verwendet werden, die es ermöglichen, in Zukunft weniger CO₂ auszustoßen. Die Klimabonus-Option, bei der die Einnahmen an die Bürger*innen gleichmäßig pro Kopf zurückgezahlt werden, empfänden 15% als die beste. Dass mit den Einnahmen die Stromkosten für Verbraucher*innen gesenkt werden sollten, meinten elf Prozent. Und 18% gaben an, dass sie grundsätzlich gegen einen CO₂-Preis seien (vgl. Abb. 12).

Abbildung 12: Verwendung der Einnahmen aus CO₂-Bepreisung



Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

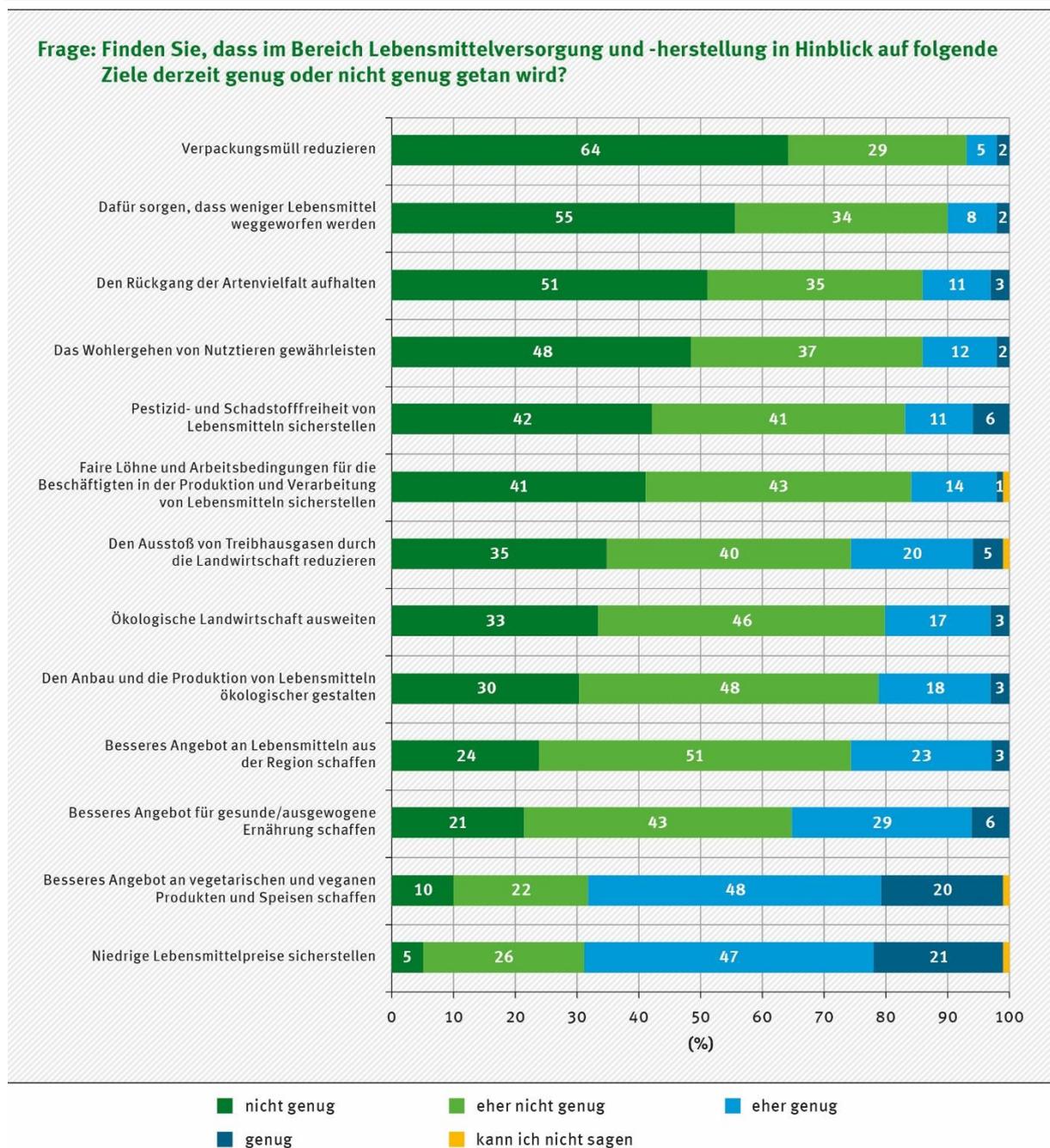
2.7 Gesellschaftliche Bereiche, in denen Veränderungen als notwendig erachtet werden

Die Befragten waren gebeten, aus einer Liste von zwölf gesellschaftlichen Bereichen die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten auszuwählen, in denen Veränderungen notwendig sind, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen (ohne Abbildung). Der Bereich „Gesundheitswesen/Pflege stärken“ wurde mit 72% am häufigsten genannt. Am zweithäufigsten genannt wurde mit 61% der Bereich „mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz“, gefolgt von „ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum“ (55%) und „Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit“ (54%).

2.8 Transformation im Bereich Ernährung und Landwirtschaft

In Bezug auf die Lebensmittelversorgung und -herstellung herrscht hinsichtlich der meisten Ziele die Einschätzung vor, dass dafür nicht oder eher nicht genug getan werde (vgl. Abb. 13). Dies betrifft allen voran die Ziele „Verpackungsmüll reduzieren“ (93%), „für weniger Lebensmittelabfälle sorgen“ (89%), „den Rückgang der Artenvielfalt aufhalten“ (86%) und „das Wohlergehen von Nutztieren gewährleisten“ (85%).

Abbildung 13: Handlungsbedarfe bei Ernährung und Landwirtschaft

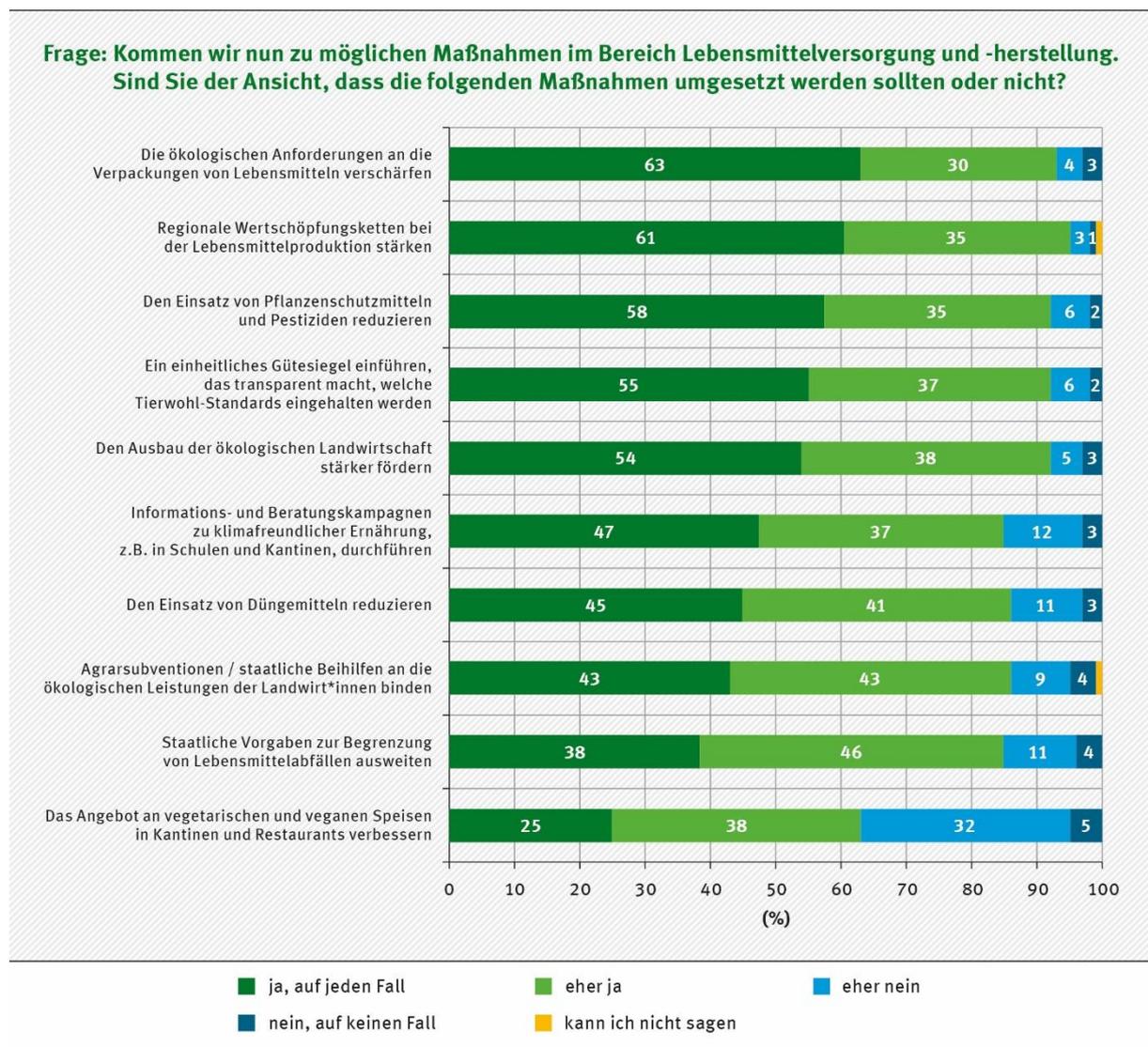


Vollständige Frage: Um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, werden grundsätzliche Veränderungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen diskutiert. Dazu interessiert uns Ihre Meinung. Zuerst geht es um die Lebensmittelversorgung und -herstellung. Finden Sie, dass in diesem Bereich in Hinblick auf folgende Ziele derzeit genug oder nicht genug getan wird?

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Gefragt nach möglichen angegebenen Maßnahmen in den Bereichen Lebensmittelversorgung und -herstellung gab es mehrheitlich eine sehr deutliche Zustimmung, diese umzusetzen (vgl. Abb. 14). Ganz vorne rangieren folgende Maßnahmen: „Verschärfung der Anforderungen an Verpackungen“ (93% „ja, auf jeden Fall“ oder „eher ja“), „Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten“ (96%), „Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden“ (93%), „Einführung eines einheitlichen Tierwohl-Gütesiegels“ (92%) und „stärkere Förderung des Ausbaus der ökologischen Landwirtschaft“ (92%). Die vergleichsweise geringste Zustimmung gab es zur Maßnahme „das Angebot an vegetarischen und veganen Speisen in Kantinen und Restaurants verbessern“ (63%).

Abbildung 14: Zustimmung zu Maßnahmen bei Ernährung und Landwirtschaft

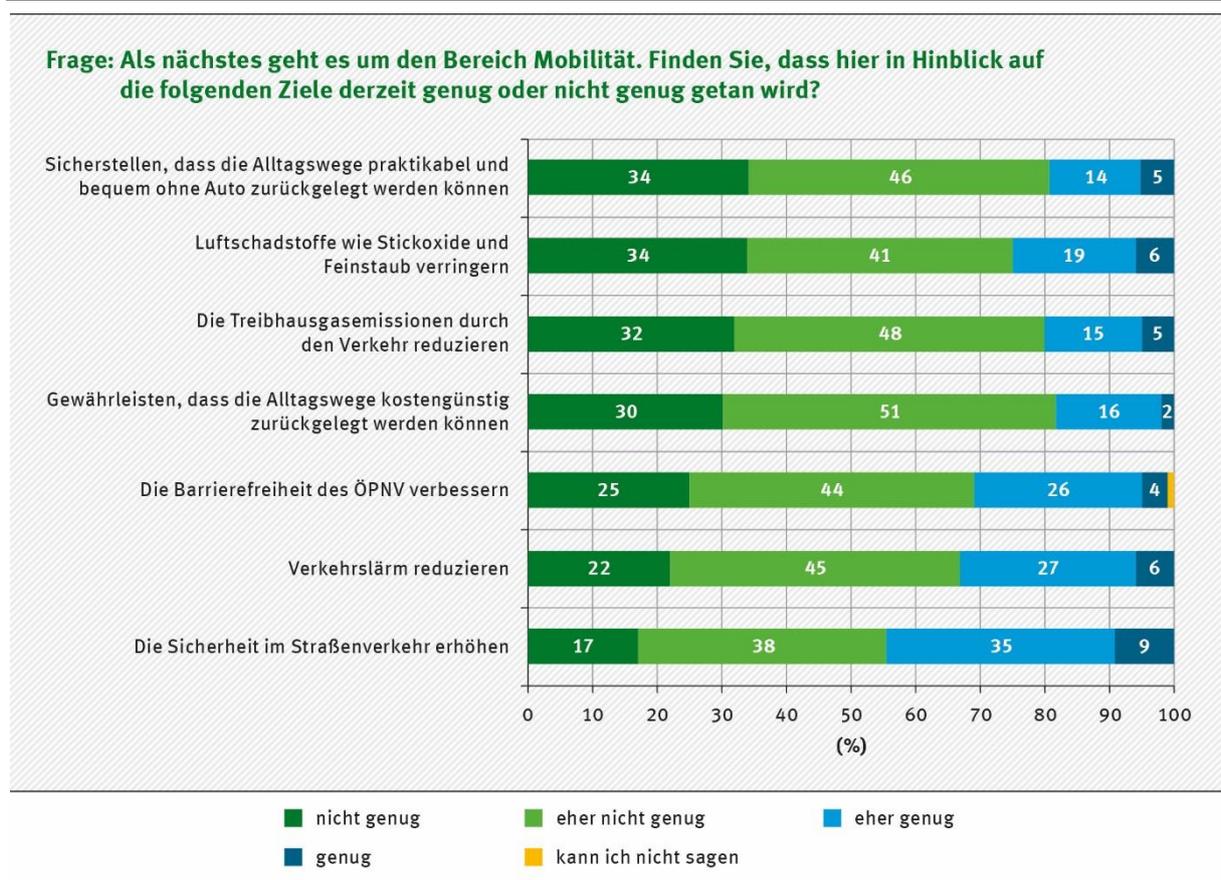


Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2.9 Transformation im Bereich Verkehr und Mobilität

Die Befragten waren hinsichtlich aller genannten Ziele im Verkehrs- und Mobilitätsbereich mehrheitlich der Ansicht, dass dafür nicht genug getan werde (vgl. Abb. 15). Allen voran stehen dabei die folgenden Ziele: „sicherstellen, dass die Alltagswege praktikabel und bequem ohne Auto zurückgelegt werden können“ (dass dafür nicht oder eher nicht genug getan wird, meinten in der Summe 80% der Befragten), „Luftschadstoffe wie Stickoxide und Feinstaub verringern“ (75%), „die Treibhausgasemissionen durch den Verkehr reduzieren“ (80%) sowie „gewährleisten, dass die Alltagswege kostengünstig zurückgelegt werden können“ (81%).

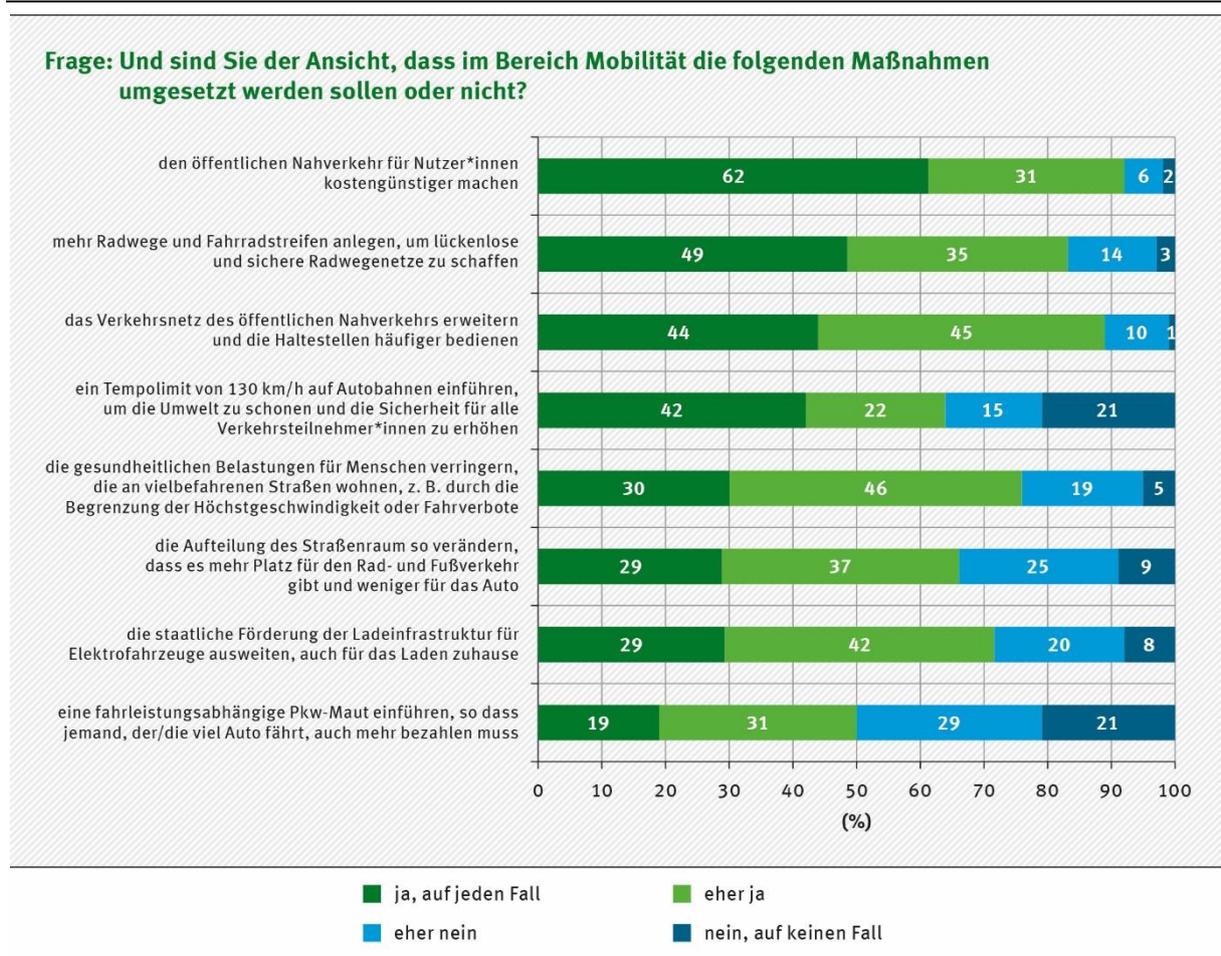
Abbildung 15: Handlungsbedarfe bei Mobilität und Verkehr



Gefragt nach möglichen aufgelisteten Maßnahmen in den Bereichen Verkehr und Mobilität stimmten die Befragten – von einer Maßnahme abgesehen – mehrheitlich zu, dass diese umgesetzt werden sollten, mit der der höchsten Priorität bei folgenden Maßnahmen (vgl. Abb. 16): „den öffentlichen Nahverkehr für Nutzer*innen kostengünstiger machen“ (93% „ja, auf jeden Fall“ oder „eher ja“), „mehr Radwege und Fahrradstreifen anlegen“ (84%), „das Verkehrsnetz des öffentlichen Nahverkehrs erweitern und die Haltestellen häufiger bedienen“ (89%) und „ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einführen“ (64%). Keine eindeutig mehrheitliche Zustimmung gab es zu der Maßnahme, eine fahrleistungsabhängige Pkw-Maut einzuführen (50%). Letztere gehört – zusammen mit einem generellen Tempolimit auf Autobahnen – zu den Maßnahmen, bei denen sich ein verhältnismäßig großer Anteil der Befragten (mit jeweils 21%, die „nein, auf keinen Fall“ ausgewählt haben) deutlich gegen eine Umsetzung aussprach.

Auffällige soziodemografische Unterschiede zeigen sich unter anderem dahingehend, dass weibliche Befragte bei den Maßnahmen Tempolimit, einer veränderten Aufteilung des Straßenraums sowie weniger gesundheitlichen Belastungen an vielbefahrenen Straßen deutlich stärker zustimmten als männliche. Bei letzterer Maßnahme stimmten zudem Ältere (ab 60 Jahren) deutlicher zu als Jüngere. Eine Veränderung der Aufteilung des Straßenraums findet dagegen bei Jüngeren (bis 29 Jahre) deutlicheren Zuspruch als bei Älteren.

Abbildung 16: Zustimmung zu Maßnahmen bei Mobilität und Verkehr

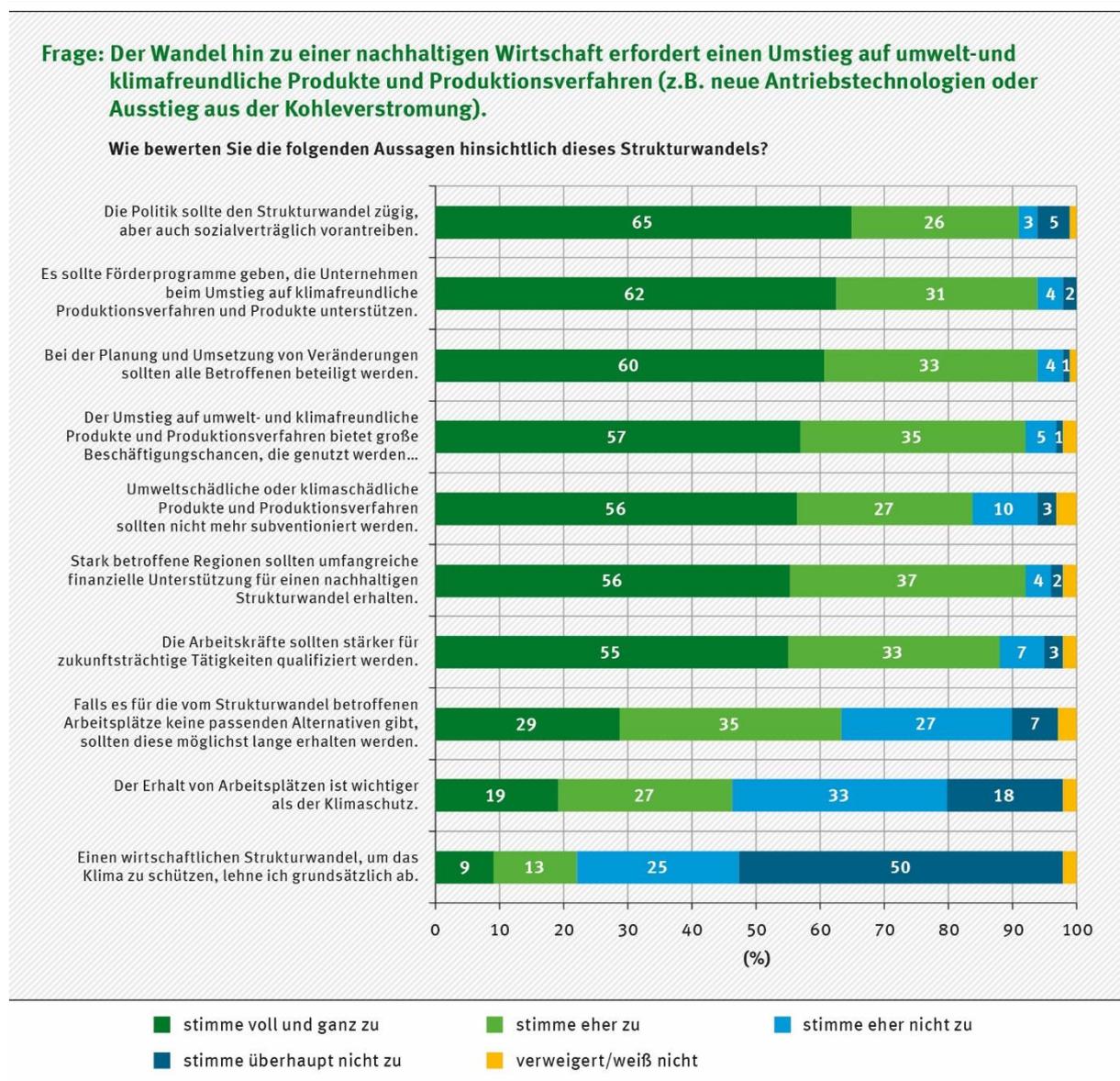


Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2.10 Wirtschaftlicher Strukturwandel und Beschäftigung

Hinsichtlich des Strukturwandels, der mit einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft verbunden ist, gab es eine Reihe an Aussagen, die die Befragten bewerten sollten (vgl. Abb. 17).

Abbildung 17: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Beschäftigung



Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Es zeigte sich eine sehr starke Zustimmung, dass die Politik den Strukturwandel zügig, aber auch sozialverträglich vorantreiben sollte (in der Summe stimmen dieser Aussage 91% „voll und ganz“ oder „eher“ zu). Explizit aus Gründen des Klimaschutzes formuliert, befürworteten in der Summe 75% der Befragten einen Strukturwandel (22% lehnten einen Strukturwandel aus Gründen des Klimaschutzes ab). Zudem stimmten 83% zu, dass umwelt- oder klimaschädliche Produkte und Produktionsverfahren nicht länger subventioniert werden sollten.

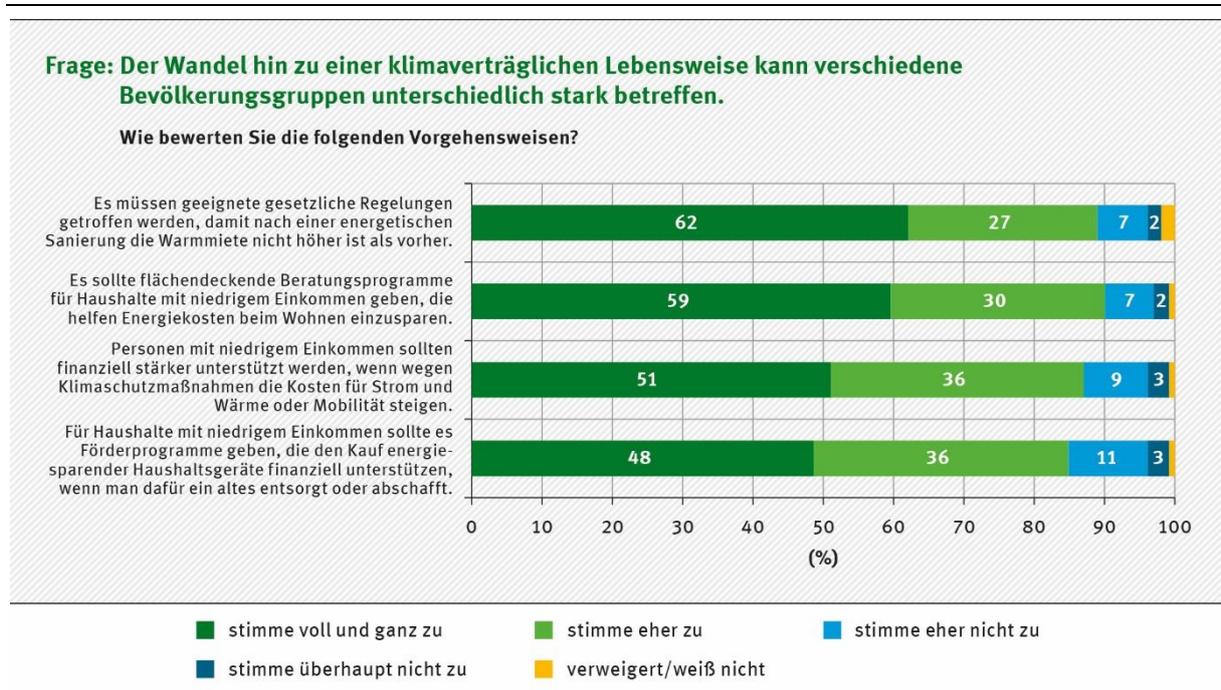
Eine deutliche Zustimmung gab es auch zu der Aussage, dass der Umstieg auf umwelt- und klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren große Beschäftigungschancen biete, die genutzt werden sollten (in der Summe 92%). Der Aussage, der Erhalt von Arbeitsplätzen sei wichtiger als der Klimaschutz, wird mehrheitlich mit 51% nicht zugestimmt.

Förderprogrammen, die Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundliche Produktionsverfahren und Produkte unterstützen, stimmten 93% der Befragten zu. Dass stark betroffene Regionen umfangreiche finanzielle Unterstützung für einen nachhaltigen Strukturwandel erhalten sollten, befürworteten in der Summe 93%.

2.11 Soziale Aspekte bei Klimaschutz und Transformation

Der Wandel hin zu einer klimaverträglichen Lebensweise kann verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark betreffen. Deswegen gab es in der Umweltbewusstseinsstudie 2020 eine Frage, die speziell auf soziale Aspekte einging (vgl. Abb. 18). Die Befragungsergebnisse zeigen eine sehr hohe Zustimmung zu den genannten Maßnahmen zur sozialen Gestaltung des Übergangs zu einer klimaverträglichen Lebensweise.

Abbildung 18: Soziale Aspekte bei Klimaschutz und Transformation



Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Der Aussage, dass geeignete gesetzliche Regelungen getroffen werden müssen, damit nach einer energetischen Sanierung die Warmmiete nicht höher ist als vorher, stimmten in der Summe 89% zu. Ebenfalls 89% der Befragten befürworteten flächendeckende Beratungsprogramme für Haushalte mit niedrigem Einkommen, die helfen, Energiekosten beim Wohnen einzusparen. Der Aussage, dass Personen mit niedrigem Einkommen finanziell stärker unterstützt werden sollten, wenn wegen Klimaschutzmaßnahmen die Kosten für Strom und Wärme oder Mobilität steigen, stimmten 87% zu. Dass es für Haushalte mit niedrigem Einkommen Förderprogramme geben sollte, die den Kauf energiesparender Haushaltsgeräte finanziell unterstützen, wenn man dafür ein altes entsorgt oder abschafft, stimmten 84% zu.

Bei allen vier Aussagen fällt bei einem näheren Blick in die Daten auf, dass Befragte mit niedrigen Haushaltseinkommen etwas stärker zustimmten als Personen mit mittleren oder (sehr) hohen Einkommen. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass bei der Aussage zur Warmmietenneutralität nach einer energetischen Sanierung auch die Befragten mit mittleren oder hohen Einkommen vergleichsweise stark zustimmten und lediglich die Befragten mit sehr hohen Einkommen durch eine geringere Zustimmung auffielen.

Impressum

Herausgeber

Umweltbundesamt

Wörlitzer Platz 1

06844 Dessau-Roßlau

Tel: +49 340-2103-0

Fax: +49 340-2103-2285

buergerservice@uba.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

 [/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)

 [/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)

Autorenschaft, Institution

Dr. Angelika Gellrich

Umweltbundesamt

Fachgebiet I 1.4 "Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Umweltfragen, nachhaltiger Konsum"

Stand: April/2021